

Dachau nach der Stunde Null

Von Dr. Josef Schwalber

In »Amperland« 4/1968 (Sondernummer von Dachau) habe ich versucht, teils auf Grund von Berichten unmittelbar beteiligter Zeugen, teils (ab 8. 5. 1945) auf Grund eigenen Erlebens die in keinen Druckschriften festgehaltene Situation in Dachau Stadt und Land wenigstens in groben Umrissen und unter Beschränkung auf das öffentliche Leben *in* der Stunde Null so objektiv und leidenschaftslos wie nur möglich darzulegen.



Dr. Josef Schwalber, 1. Bürgermeister von Dachau 1945—1947

Gegenstand der folgenden Zeilen sollen das gesellschaftliche und politische Leben unmittelbar darnach sein, also die ersten Anfänge des Wiederaufbaues, da auch diese noch nicht von einer Lokalpresse erfaßt werden konnten und die Beschlußprotokolle des Stadtrates nur dürftig Aufschluß geben, im übrigen nicht allgemein zugänglich sind. Diese Zeilen mögen sich zeitlich in einigen Punkten mit den Ausführungen des Dachauer Sonderheftes überschneiden oder sie ergänzen. Auch kann ich im Zeitalter der parlamentarischen Demokratie das Entstehen und Wirken der politischen Parteien nicht völlig übergehen. Ich selbst kann, da ich nie mehrere Parteibücher gleichzeitig besaß, nur die Entstehung und Tätigkeit meiner eigenen Partei schildern

und ich glaube, daß die Schriftleitung auch einen Beitrag von anderer politischer Seite nicht ablehnen wird, soweit er ohne Polemik Aufbau, Zielsetzung und Tätigkeit dieser Parteien beinhaltet. Die Parteien sind nun einmal, ob es uns gefällt oder nicht, ein wesentlicher Bestandteil unserer heutigen, seit 1945 entwickelten Staatsform und können darum als geschichtlich-politische Größen nicht übergangen werden.

Der von der Militärregierung im Juli 1945 berufene Stadtrat war noch nicht nach der tatsächlichen Stärke der Parteien zusammengesetzt, sondern paritätisch, d. h. aus dem nichtsozialistischen Block von acht Stadträten, dem die sozialistisch-kommunistische Aktionsgemeinschaft gegenüberstand, bestehend aus fünf Sozialdemokraten und drei Kommunisten. Das schien damals in groben Zügen die Aufteilung der politischen Kräfte zu sein. Der entscheidende Schritt Dr. Kurt Schumachers, unter dessen Führung die Trennung der Sozialdemokraten von den Kommunisten erfolgte, eine politische Tat von wahrhaft geschichtsfördernder Bedeutung für die drei westlichen Besatzungszonen, war damals noch nicht getan. Diesem Stadtrat gehörten an: Dr. Josef Linnmaier als 1. Bürgermeister, Georg Scherer als 2. Bürgermeister, ferner die Herrn Georg Arndorfer, Ludwig Bernard, Georg Blümel, Nikolaus Deichl, Syrius Eberle, Ludwig Ernst, August Haas, Richard Huber, Josef Karl, Franz Klein, Hans Moosrainer, Otto Reinauer, Alois Seitz, Jakob Schmid, Sylvester Steigenberger und Johann Teufelhart.

Ich selbst hatte bei der Militärregierung mit Antrag vom 2. September 1945 die Wiedezulassung der Bayerischen Volkspartei zu erreichen versucht, die aber abgelehnt wurde (offenbar auf höhere Weisung). Im übrigen war zu diesem Zeitpunkt nur die Bildung parteipolitischer Gruppen auf örtlicher Grundlage gestattet. Auf Landesbasis wurden politische Parteien erst zur Vorbereitung einer Verfassungsgebenden Landesversammlung zugelassen.

So blieb nichts anderes übrig als eine rein örtliche Partei neu zu gründen. Man entschloß sich in Dachau, wie auch anderswo, eine Gruppe, »Bayerischer Volksbund« genannt, zu gründen. Die Anregung dazu hatte ich vom Oberbürgermeister Dr. h. c. Karl Scharnagl in München erhalten, den ich gelegentlich eines Besuches bei Dr. Josef Müller zusammen mit Dr. Philipp Held von Freising, dem derzeitigen bayerischen Justizminister, angetroffen hatte.

In diesem Zusammenhang muß einmal darauf hingewiesen werden, daß die Anfänge sowohl der bayerischen wie der deutschen Nachkriegspolitik fast ausschließlich auf einer Verbindung von Mann zu Mann beruhten, da ja jede Organisation verboten war. So habe ich wiederholt an Zusammenkünften außerhalb Bayerns teilgenommen, um eine deutsche Verfassung vorzubereiten. Diese Zusammenkünfte, die von Fall zu Fall einberufen wurden, mußten sich allerdings zuerst auf die amerikanische Besatzungszone

beschränken. Wenn einmal die Geschichte der CDU/CSU geschrieben wird, wird man an den Wochenendtagungen im Kloster Ellwangen bei Aalen sowie an den Konferenzen von Heppenheim an der Bergstraße (Hessen) nicht achtlos vorübergehen können.

Auf einer dieser Reisen traf ich auch einen Parteifreund (U. St.) aus der französischen Besatzungszone. Dieser schilderte mir die Persönlichkeit Dr. Adenauers mit dem Satz: »Herr Dr. Schwalber, ich sage Ihnen, dieser Adenauer ist ein moderner Dschingis Chan mit einem Schuß Tünnens, der ihn uns menschlich näherbringt.« — Doch nun wieder zurück nach Dachau.

Mit der Bezeichnung »Bayerischer Volksbund« sollten vor allem die ehemaligen Mitglieder der beiden großen nicht-sozialistischen Parteien des Landkreises, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes angesprochen und bei der Bildung der Vorstandschaft auch entsprechend berücksichtigt werden.

Mir selbst war eine große Hilfe dabei die Obmännerliste der BVP, die ich 1933 vom Versicherungsrat Schmid übernommen und einem mir befreundeten Pg außerhalb des Landkreises in Verwahrung gegeben hatte bis die Gefahr einer Haussuchung vorüber war. Sie tat mir schon gute Dienste bei den Vorschlägen für die Besetzung der Bürgermeisterposten in den Landgemeinden im Mai 1945 und noch mehr beim Aufbau der neuen Partei. Ganz abgesehen davon hatte ich während der 12 Jahre des Dritten Reiches nicht nur geschlafen, sondern mir ein ziemlich klares Bild über die wahre politische Einstellung der angesehenen Männer in den Landgemeinden machen können, nicht zuletzt auf Grund meiner beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt in Dachau.

Programm und Flugblatt des Bayer. Volksbundes zur Vorbereitung der auf den 27. Januar 1946 angesetzten Gemeindewahlen waren von mir verfaßt und von den Gremien der Partei einmütig gebilligt worden. Über Wesen und Wollen des BVB war darin schon ungefähr all das zu finden, was sich später in den ideologischen Grundlagen der CSU wiederfand. Es waren eben die Grundsätze der christlichen Staatslehre, zu deren Studium ich schon in meiner Studentenzzeit, anlässlich meiner Dissertation und während der mir im Dritten Reich aufgezwungenen politischen Enthaltensamkeit hinreichend Zeit und Gelegenheit hatte.

Ziffer 1 des Programms umriß das Wesen des neuen Parteigebildes: »Der Bayerische Volksbund ist die von der Militärregierung in Dachau anerkannte politische Organisation, die sich zum Ziele gesetzt hat, die Gesamtheit der Gegner des Nationalsozialismus zu erfassen, die sich nicht zur sozialistisch-kommunistischen Aktionsgemeinschaft bekennen.«

Ziffer 2 betonte die Vorläufigkeit der Organisation im Hinblick auf später weiterfolgende Wahlen auf Landesbasis. Ziffer 3 zählte als Grundsätze auf:

- a) Aufbau einer Staats- und Gesellschaftsordnung aus den Kräften des Christentums,
- b) Errichtung einer wahren Demokratie unter Zurückwei-

sung aller militaristischen und diktatorischen Bestrebungen gleich welcher Art und Farbe,

- c) Schaffung eines kraftvollen bayerischen Staates als Wähler des Gemeinwohls und der kulturellen Eigenart des bayerischen Volkes,
- d) Ausgestaltung eines sozialen Gemeinschaftslebens unter Anerkennung der menschlichen Persönlichkeitswerte, der Gleichberechtigung aller vor dem Gesetz ohne Unterschied von Stand und Besitz; Hilfe den wirtschaftlich Schwachen.«

Das Programm schloß mit dem Satz »Unser Ziel ist ein freies, glückliches Volk, ein kraftvoller bayerischer Staat im großen deutschen Vaterland!«

Das Flugblatt zur Gemeindewahl enthielt folgende, damals wohl sehr akute Richtlinien für die Gemeindepolitik der nächsten Jahre:

1. Schaffung einer wohlgeordneten, sauberen Stadtverwaltung mit einer geschulten, unbestechlichen und demokratisch gesinnten Beamtenschaft;
2. straffe Führung der städtischen Finanzen unter strikter Einhaltung eines in Beachtung größter Sparsamkeit aufgestellten Haushaltsplanes;
3. Schaffung einer schlagkräftigen und sorgsam ausgewählten Polizei, um dem Unwesen der Plünderer und Raubmörder wirksam zu begegnen;
4. ein umfassendes Wohnungsbauprogramm, dem gegenüber alle anderen Pläne zur Zeit zurückzutreten haben;
5. Hilfe für die Rückführung aller unserer Soldaten in das Berufs- und Erwerbsleben;
6. Hilfe für die Kriegsversehrten, Kriegshinterbliebenen und Angehörigen der Vermißten und Kriegsgefangenen;
7. Seßhaftmachung einer Kleinindustrie, um der schwierigen Arbeitsmarktlage in Dachau abzuweichen;
8. Ausbau der städtischen Betriebe nur soweit, als nicht die Existenz der einheimischen Handwerks- und Gewerbebetriebe gefährdet wird;
9. Pflege echter Kultur in christlichem Geist, um Dachaus guten Ruf wiederherzustellen;
10. fort mit allem Bruderkwitz und aller parteipolitischen Selbstzerfleischung!

»Mit vereinten Kräften und in Gottes Namen an das schwierige Werk des Wiederaufbaus!«

Ich habe hier nicht aus Selbstgefälligkeit die Grundsätze und Arbeitsziele des BVB wörtlich aufgezählt; ich tat es vielmehr aus der Überlegung heraus, daß aus diesen dokumentarischen Sätzen am deutlichsten die damals wirklich akuten Probleme, die ich alle nicht im einzelnen schildern kann, wieder ins Gedächtnis zurückgerufen werden können. Wer die Zeit miterlebt hat, weiß, woran es damals überall gefehlt hat.

Ein paar Anmerkungen aber seien mir trotzdem gestattet: Das Wohnungselend war in Dachau größer als irgendwo sonst im Lande. Es trafen auf einen Wohnraum 3,33 Personen, während die Regierungsstellen nur eine Belegung von 2,6 Personen pro Wohnraum für vertretbar hielten. Es wurde die Zurückziehung der staatlichen Beschlagnahmebeamten erreicht; an ihre Stelle trat eine städtische Wohnungskommission.

Die vor Mai 1945 tätigen Polizisten waren samt und sonders gefangen gesetzt und des Dienstes enthoben worden. An ihre Stelle traten anerkannte, meist der KPD angehörende »Antifaschisten«, die nur mit Schlagstöcken ausgerüstet werden durften und über keinerlei polizeiliche Ausbildung verfügten. Mit großer Mühe gelang es mir schließlich, den ehemaligen Lehrer von der Polizeischule in Fürstenfeldbruck und nachmaligen Polizeichef Hans Wagenbauer, der in Dachau sich sesshaft gemacht hatte, zu Ausbildungszwecken auf Dienstvertrag einstellen zu dürfen. Als Polizeichef gewann ich den politisch unbelasteten, aus der ehemaligen bayer. Landespolizei hervorgegangenen Herrn Modlmaier.

Von einer geordneten Finanzverwaltung konnte im Jahre 1945 keine Rede mehr sein. Man mußte von der Hand in den Mund leben, zurückgelassenes Wehrmachtsgut sicherstellen und für die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung verwerten, da ja all die Aufgaben, die heute größtenteils dem Staat obliegen, damals von den Gemeinden verkraftet werden mußten.

Die programmatische Werbung und die bisherige Haltung des BVB verfehlten bei der Wahl am 27. Januar 1946 nicht ihre Wirkung. Es wurde ein bis dahin in Dachau ungekannter und ungeahnter Wahlerfolg erzielt: Der Bayer. Volksbund errang bei einer Wahlbeteiligung von 95 % (!) 12 Sitze, die KPD 2 und die SPD 5 Sitze. Ich erinnere mich noch deutlich der Stimmung, die im Verlauf der Sichtung der Wahlzettel und beim Eingang der Ergebnisse aus den einzelnen Wahllokalen im Rathaus bei den Vertretern der KPD und SPD herrschte. Ich könnte sogar noch wörtliche Äußerungen zitieren; ich verzichte darauf aus persönlichen Gründen, weil Eigenlob bekanntlich stinkt. Die Folgen dieses Wahlergebnisses waren meine hauptamtliche Anstellung als 1. Bürgermeister auf Grund einstimmiger Wahl durch den neuen Stadtrat, während anstelle von Herrn Scherer Herr Ludwig Ernst mit 9 zu 7 Stimmen zum ehrenamtlichen 2. Bürgermeister gewählt wurde. Ferner wurden die Referate neu verteilt und die Ausschüsse umbesetzt.

So waltete ich weiter meines Amtes bei einem Gehalt von 650 RM monatlich. Zum Vergleich sei angeführt, daß der letzte NS-Bürgermeister, Bäumer, im April 1945 noch über 1 000 RM monatlich bezog (lt. Stadtratsprotokoll über die Sitzung der Ratsherrn vom 17. 3. 1945).

1945 wurden, wie vor 1933, die Bürgermeister in den Städten nicht in unmittelbarer Wahl, sondern durch den Stadtrat gewählt. Die Wahl durch das Volk brachte erst die Gemeindeordnung und die Landkreisordnung von 1952. Den Gemeindewahlen kam dadurch eine erhöhte Bedeutung zu; ganz abgesehen davon, daß das Staatswesen selbst, insbesondere der Rechtsstaat, noch sehr unterentwickelt war.

Die ersten Landkreiswahlen am 28. April 1946 erbrachten der CSU 29 Sitze, der SPD 9, der KPD 2 Sitze und der damals erstmals in Erscheinung getretenen WAV 1 Sitz. Damit war auch die Wahl Dr. Kneuers zum Landrat gesichert. Als Bürgermeister von Dachau führte ich gleichzeitig die CSU-Fraktion des Kreistages, eine Übung, die

ich heute noch für zweckmäßig halte. Warum sollen gerade die Bürgermeister der größten Gemeinden des Landkreises nicht im Kreistag vertreten sein, wo doch der von den Gemeinden zu finanzierende Kreishaushalt beschlossen werden muß?

In den auf die Wahl folgenden Monaten mußte viel Kleinarbeit geleistet werden, worüber die Protokolle der Sitzungen des Stadtrates Auskunft geben. Zahllose Anträge auf Neuzulassung oder Wiedereröffnung eines Gewerbebetriebes mußten dem Stadtrat (anstelle des Afa-Ausschusses) zur gutachtlichen Stellungnahme vorgelegt werden, wobei Bedürfnisfrage (z. B. Verhinderung der Entstehung von Schwarzmärkten) und persönliche Zuverlässigkeit eine wesentliche Rolle spielten. Es gab ja noch keine Gewerbefreiheit wie heute.

Auffallend war die Sorge des Stadtrates um die sittliche Gefährdung der Jugend, wobei die Anträge ohne Unterschied der Partei und wiederholt eingebracht wurden. Eine direkte Tanzwut scheint weite Kreise, besonders die Jugendlichen und die ehemaligen Häftlinge erfaßt zu haben, wie überhaupt nun alles an die Oberfläche drängte, was jahrelang sich aufgestaut hatte. Bei der Erteilung von Tanzurlaubnissen nahm der Stadtrat unterschiedslos eine strenge, heute kaum mehr verständliche Haltung ein, die aber getragen war von der Rücksicht auf die allgemeine Notlage und von großem Verantwortungsbewußtsein zeugte.

Der Antrag der »Armen Schulschwester« auf Wiederzulassung zum Unterricht an der Mädchenschule im September 1945 kam da dem Stadtrat sehr entgegen und wurde einstimmig gutgeheißen.

Bezeichnend für die allgemeine Drückebergerei und Lethargie unmittelbar nach dem Zusammenbruch war die Einführung einer Pflichtfeuerwehr durch Stadtratsbeschluß.

Die Verpflichtung zur allgemeinen Kulturpflege einerseits und der Mangel an Sälen in der Stadt andererseits führten zu mancher Fehde zwischen Stadtrat und Landrat wegen Benützung des Schloßsaales, des einzigen nichtbeschlagnahmten Saales in Dachau.

Dazu kamen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhusgefahr, die Bereinigung zahlloser Wohnungsangelegenheiten, die Beschaffung von Notunterkünften, die Beschaffung von Lebensmitteln und Baumaterialien, die ja alle der Zwangsbewirtschaftung unterlagen — der Zement mußte z. B. mittels Holzgaserlastwagen bis aus Burglengenfeld herangeschafft werden —, und nicht zuletzt der drohende Zusammenbruch der Stromversorgung. Das städtische Elektrizitätswerk vermochte zeitweise nur mehr ein Zehntel des Strombedarfs durch eigene Erzeugung zu decken und mußte im übrigen teuren Fremdstrom beziehen. Schon in der Zeit von 1938 bis 1946 hatte sich der Stromverbrauch in Dachau verzehnfacht. Darum hatten sich die Ratsherrn schon während des Krieges mit dem Gedanken eines Ausbaues der im Stadtgebiet liegenden Wasserkräfte befaßt. Der neue Stadtrat griff im Hinblick auf die in Aussicht genommene Industrialisierung und den 1951 auslaufenden Stromlieferungsvertrag mit den Amperwerken, die Etzenhausen und Augustenfeld in ihr Versorgungsgebiet einbezogen hatten, in seiner Sitzung vom 20. August 1946

diesen Gedanken wieder auf, zumal von den Stadtwerken hierfür bereits Rücklagen in Höhe von 400 000 RM angesammelt waren, die man nicht in einer befürchteten Inflation verfallenlassen wollte.

In der letzten von mir geleiteten Stadtratssitzung am 4. Februar 1947 konnte ich noch den mit 3,4 Millionen RM veranschlagten Ausbau der Wasserkraft am Alten Wehr beschließen lassen. Dann endete meine Tätigkeit als 1. Bürgermeister von Dachau. Die erbetene Entlassung wurde mir gegen die Stimmen der SPD bewilligt.

viele Familien eingekehrt war. Schließlich gewannen aber rein verstandesmäßige Überlegungen die Oberhand, nicht zuletzt, um für künftige Jahre uns den Termin bei den Schaustellern zu sichern. Aber das Volksfest 1946 hält einen Vergleich mit den heutigen in keiner Weise stand. Man denke nur an den Betrieb im Bierzelt, an die jährlich immer größer werdenden Unternehmen der Schausteller, die Schießbuden und alles, was eben heute zu den Freuden eines Volksfestes gehört. Damals stritt man sich noch nicht um den Betrieb des Bierzeltes; dieses wie die Musik stellte

*Eröffnung des ersten
Nachkriegs-Volksfestes
im Jahre 1946 durch den
1. Bürgermeister
Dr. Josef Schwalber*

Foto: Maria Penz, Dachau



Der Grund hierfür war meine inzwischen erfolgte Wahl zum Landrat, für deren Annahme ich mir eine Frist von 14 Tagen erbeten hatte, um innerhalb dieser Zeit die Lösung meines Vertrages mit der Stadt Dachau herbeizuführen. Mit Schreiben vom 6. Februar 1947 erklärte ich dann dem Kreistag die Annahme der Wahl und siedelte ins Landratsamt über.

Bis zur Neuwahl meines Nachfolgers führte 2. Bürgermeister Ludwig Ernst die Geschäfte. In der Sitzung vom 20. Februar wurde dann Herr Zimmermeister Nikolaus Deichl als mein ehrenamtlicher Nachfolger gewählt.

Meinen Bericht über meine Tätigkeit im Dachauer Rathaus möchte ich aber nicht beschließen ohne einen Lichtblick aus dieser dunklen Zeit: Es war das erste Volksfest, das nach dem Kriege in Dachau wieder abgehalten wurde (vom 10. bis 24. 8. 1946). Auch in diesem Punkte war Dachau den anderen Städten voran! Wohl gingen ernsthafte Überlegungen voraus, ob die Abhaltung eines Volksfestes schon angebracht erscheine in einer Zeit, wo noch viele unserer Kameraden in Gefangenschaft waren und soviel Leid in

noch ein Münchner Unternehmer. Beim Ausschank eines Biers mit 2 % Stammwürze konnte keine rechte Stimmung aufkommen, mochte auch die Blechkapelle aufspielen so laut es nur ging. Das Bier hielt sich weder im Magen der Trinker noch in den Mutterfässern der Brauereien. Es wanderte schließlich auf kürzestem Weg in die Gasse; es konnte sich nirgends halten. Erst später erfuhr ich durch den Leiter der Münchner Getreidebörse, DDr. B., daß der zuständige Wirtschaftsoffizier der amerikanischen Militärregierung für Bayern in München den Stammwürzegehalt des Bieres mit dem Alkoholgehalt gleichgesetzt hatte. Dafür bekamen wir durch Vermittlung von Herrn Kurt Ziegler ein oder zwei Jahre später ein für die Amerikaner eigens stärker eingebrautes Bier, allerdings in viel zu geringer Menge, als Entschädigung.

Was man zum Bier verzehrte, mußte auf Lebensmittelmarken erworben werden. Die begehrten, heute alltäglichen Brathendl existierten noch lange Jahre nur in der Erinnerung an die Vorkriegszeit. Und ebenso stand es mit Bretzen, Wurst und Käse.

Ein besseres Geschäft machten die Besitzer von Fahrgeschäften. Man hatte ja am bescheidensten Vergnügen schon seine Freude: an den großen und kleinen Karussells, an Schiffschaukeln, an Wurfbuden, in denen mit Stoffbällen auf leere Konservendosen geworfen werden konnte, um seine Treffsicherheit zu erproben. Schießbuden waren strengstens verboten. Das beste Geschäft machte meines Wissens der Besitzer des Kettenkarussells, an dem besonders die hiergebliebenen Polen und die Dachauer Mädchen ihre Freude hatten.

Die Gewinne im Glückshafen bestanden größtenteils aus Holzwaren, wie Kochlöffel, Kartoffelstampfer, Holzsandalen, altem neuaufpoliertem Hausrat, selbstgefertigten Stoffpuppen und dergleichen. Aber das Geschäft ging gut. Der Reinerlös betrug immerhin 75 000 RM, der für wohltätige Zwecke, insbesondere zu Weihnachten, Verwendung fand. Ein bescheidener Betrag konnte davon auch den Sportvereinen zur Wiederinstandsetzung und zum Neubau ihrer Sportplätze zur Verfügung gestellt werden, da hierfür noch keine Haushaltsmittel zur Verfügung standen und die Vereine alles aus eigener Kraft, insbesondere mit eigener Hände Arbeit leisten mußten. Die Herren Eberle, Häll-

mayr und Scherer hatten als Volksfestausschuß gute Arbeit geleistet.

Zum Schluß meiner Ausführungen gebührt mein besonderer Dank meinen beiden Herrn 2. Bürgermeistern, den Stadträten und allen freiwilligen Helfern in dieser Zeit.

Nur um das Bild abzurunden und der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß ich bereits als Bürgermeister von Dachau in die Verfassunggebende Landesversammlung und in den ersten bayerischen Landtag als Vertreter des Wahlkreises Dachau-Fürstenfeldbruck gewählt wurde. Mein Gegenkandidat auf seiten der SPD war der damals amtierende bayerische Ministerpräsident Dr. Hoegner.

Über meine politischen Erinnerungen in diesen und den folgenden Jahren werde ich später und an anderer Stelle berichten — soweit dafür überhaupt heute noch ein Interesse besteht.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Josef Schwalber, Staatsminister a. D., 806 Dachau, Winterstraße 2.

Die Künstlerfamilie Holzmaier

Von Max Gruber



Hans Holzmaier: *Mariae Himmelfahrt*, Freising

Foto: Max Gruber, Bergkirchen

Aus der Fülle der kaum oder gar nicht bekannten Künstlerfamilien, die in der Übergangszeit von der Renaissance zum Barock im Dachauer Gebiet lebten und wirkten, seien diesmal die Holzmaier herausgegriffen.

Im Jahre 1618 starb in Dachau der Hofgärtner Hans Holzmaier¹. Er wird hier seit 1583 urkundlich genannt und besaß das Haus Nr. 5 (alt 13) an der Klosterstraße². Etwa um dieselbe Zeit lebte in München ein Maler und Vierer der Malerzunft gleichen Namens. Möglicherweise sind diese beiden Hans Holzmaier Vettern gewesen. Der Münchener Maler ist dort von 1580 bis 1612 belegt. 1609 wird er als Lehrherr des im selben Jahr Meister gewordenen Hans Clamber genannt³. Von ihm sind nur zwei Arbeiten bekannt: 1580 malte er die Katharinenkapelle der Münchener Residenz aus und aus dem Jahre 1602 gibt es eine Himmelfahrt Mariae auf Holz von ihm, die zu Beständen des Münchener Domes gehörte und jetzt in der Sammlung des Freisinger Klerikalseminars aufbewahrt wird (Nr. 331).

Thomas Holzmaier, ein Sohn des Dachauer Hofgärtners, brachte es zum kurfürstlichen Stukkateur und Hofmaler (1654). Seit 1609 erwähnt, wird er 1621 Meister und Mitglied der Münchener Malerzunft³. Er starb um 1657.

Das 1609 abgebrochene und neuerbaute elterliche Wohnhaus kam 1660 wegen großer Schuldenlast an Herrn von Giggensbach (wobei die Gemeinde 39 fl einbüßte).